

DIE BERNER ARBEITGEBER.

2021



Präsidialadresse	3
Konjunktur	4
Wirtschaftsjahr 2021.....	4
Wirtschaftsaussichten 2022.....	5
Arbeitswelt	6
Rahmenbedingungen.....	6
Beschäftigung.....	6
Löhne.....	8
Arbeitsproduktivität.....	9
Arbeitsbedingungen.....	10
Sozialwerke.....	11
Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen	12
Verbandsmitglieder.....	12
Verbandsorgane.....	13
Verbandstätigkeit.....	14
Schwerpunkte.....	14
Sozialpartnerschaft.....	14
Interessenvertretung.....	15
Öffentlichkeitsarbeit.....	15
Verbandsfinanzen.....	15
Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB)	16
Verbandsorgane.....	16
Verbandstätigkeit.....	17
Verbandsfinanzen.....	18
AHV-Ausgleichskasse und Familienausgleichskasse Berner Arbeitgeber	19
AHV-Ausgleichskasse Berner Arbeitgeber (AK 63).....	19
Familienausgleichskasse Berner Arbeitgeber (FAK 63).....	19



Dr. med. h.c.
Uwe E. Jocham
Präsident

2021: Gemeinsam erfolgreich in der Pandemie

Überfüllte Intensivstationen, erschöpftes Gesundheitspersonal und viele weitere Unbekannte: Der Start ins Jahr 2021 war nach einem dunklen Dezember kein einfacher. Das öffentliche Leben kam aufgrund lähmender Massnahmen im Rahmen des zweiten Shutdowns erneut zum Stillstand. Am 14. Dezember 2020 musste ich in einem Medienauftritt meine grosse Sorge um die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung kundtun und appellierte an den Bund, einheitliche Corona-Massnahmen für die ganze Schweiz zu erlassen.

Pandemiebewältigung funktioniert aber nicht im Alleingang, sondern erfordert gemeinsame Anstrengungen. Wir als Berner Arbeitgeberverband haben uns an diesen Aktionen proaktiv beteiligt und sind mit dem Kanton und den Sozialpartnern zusammengekommen, um die Auswirkungen der Pandemie auf unsere Wirtschaft abzufedern. In aller Deutlichkeit konnten wir gemeinsam mit unseren Partnern auf Bundes- und Kantonsebene rasche, unkomplizierte und wirkungsvolle Überbrückungsleistungen einfordern. Rückblickend gesehen hat diese Zusammenarbeit hervorragend funktioniert. Die Härtefallverordnung, an der wir entscheidend mitgewirkt haben, war in der Lage, den Arbeitgebern und Beschäftigten grosse Lasten von den Schultern zu nehmen. Insbesondere die Kurzarbeitsentschädigungen und die Corona-Kredite erwiesen sich als wichtige Instrumente, um Erwerbsausfälle der betroffenen Unternehmen und Mitarbeitenden zu kompensieren.

«Glücklicherweise hat sich nicht nur das Virus weiterentwickelt, sondern auch wir als Gesellschaft.»

Dank der soliden und gut organisierten Impfkampagne, die Anfang 2021 starten konnte, blieb der Wirtschaft vieles erspart, was noch ein Jahr zuvor für Einbussen sorgte. Das öffentliche und kulturelle Leben wurde durch die Impfungen regelrecht revitalisiert: Veranstaltungen waren zum Teil wieder möglich, die Industrie gewann an Schwung und der Sommer war gar ein Moment des Durchatmens.

Glücklicherweise hat sich nicht nur das Virus weiterentwickelt, sondern auch wir als Gesellschaft. Wir arrangierten uns immer besser mit den Konsequenzen der Pandemie. Die Zertifikatspflicht und unser stetig wachsendes Wissen führten dazu, dass sich die Wirtschaft erholen und weiterentwickeln konnte. Im dritten Quartal 2021 lag das Bruttoinlandprodukt bezeichnenderweise wieder höher als vor Krisenausbruch, und auch der Arbeitsmarkt hatte den Schock überstanden.

«Die Solidarität, der Pragmatismus und der Elan, mit denen wir als Arbeitgeber auf die pandemischen Herausforderungen reagieren, sind die Manifestation eines einfachen, aber zentralen Gedankens: Gemeinsam sind wir stark.»

In den letzten Monaten des Jahres trat mit Omikron eine neue Variante auf den Plan, die einen Schatten auf das 2021 warf. Die Pandemie bleibt ein Unsicherheitsfaktor, doch wir haben gelernt, in dieser neuen Normalität zu gestalten, zu agieren und zu leben. Die Solidarität, der Pragmatismus und der Elan, mit denen wir als Arbeitgeber auf die pandemischen Herausforderungen reagieren, sind die Manifestation eines einfachen, aber zentralen Gedankens: Gemeinsam sind wir stark.

Auf dass wir im neuen Jahr den Mut und die Beharrlichkeit beibehalten, neue Wege und Lösungen für Wirtschaft und Gesellschaft zu suchen – und auch zu finden.



Dr. Claude Thomann
Geschäftsführer

«Die Wirtschaft stand zwar auch 2021 weltweit im Zeichen der Pandemie; trotzdem ist eine weltumspannende Rezession bislang ausgeblieben.»

«Derweil steigen in Europa und namentlich in den USA die Preise.»

«Die Wirtschaftsleistung hat das Vorkrisenniveau in der Schweiz bereits überschritten.»

Konjunktur

Wirtschaftsjahr 2021

Die Wirtschaft stand zwar auch 2021 weltweit im Zeichen der Pandemie; trotzdem ist eine weltumspannende Rezession bislang ausgeblieben. Vielmehr macht es den Anschein, dass sich die nachteiligen Folgen der Krise in Grenzen halten und überwunden werden können:

- Die Erholung der *Weltwirtschaft* gewann im Verlaufe des Jahres 2021 mit einem Wachstum von fast 6% an Schwung. In vielen Industrieländern besserte sich die epidemiologische Lage vor dem Hintergrund der fortschreitenden Impfprogramme. Die Eindämmungsmassnahmen (Lock-downs) wurden sukzessive gelockert. Damit erholten sich namentlich die Dienstleistungsbranchen, die zuvor stark eingeschränkt gewesen waren. Hingegen büsste der Industriesektor global an Schwung ein, gebremst durch Lieferengpässe bei wichtigen Produktionskomponenten.

Während das durchschnittliche Bruttoinlandprodukt der wichtigsten Wirtschaftsräume 2020 um 4.7% einbrach, wird für 2021 mit einem mittleren BIP-Wachstum von 5.6% gerechnet.

- Die Wirtschaft im *Euro-Raum* erholte sich 2021 mit einem BIP-Zuwachs von 4.8% nach einem Rückgang von -6.5% im 2020 ihrerseits kräftig. Das Vorkrisenniveau sollte anfangs 2022 wieder erreicht werden.

Nach dem Wegfall der Eindämmungsmassnahmen kam es praktisch in allen Ländern des Euro-Raums zu kräftigen Aufholeffekten, namentlich beim privaten Konsum. Davon profitierten in erster Linie die Dienstleistungen, während der Automobil- und Zulieferindustrie die Lieferengpässe bei wichtigen Vorleistungsgütern erheblich zu schaffen machten.

Derweil steigen in Europa und namentlich in den USA die Preise. Mit 2.4% liegt die Inflationsrate in Europa 2021 erheblich über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von 2%.

- Nach einem pandemiebedingten Rückgang von 2.4% im Jahre 2020 legte die *Schweizer Wirtschaft* 2021 um 3.2% zu. Damit hat die Wirtschaftsleistung das Vorkrisenniveau in der Schweiz, anders als im angrenzenden Ausland, bereits überschritten.

Die starke Erholung war getrieben von Nachholeffekten beim Konsum sowie von einer gut laufenden Industrie. Damit kompensierte die Industrie auch den Umstand, dass verschiedene binnenorientierte Branchen wegen anhaltender Restriktionen wirtschaftlich nicht ihr volles Potenzial entfalten konnten.

Um in der Corona-Pandemie die Wirtschaft zu stützen, haben der Bund und die Kantone das umfangreichste Unterstützungspaket seit dem zweiten Weltkrieg geschnürt. Allein auf Bundesebene wurden Unterstützungsgelder in einer Höhe von über CHF 97 Mrd. eingeplant, was 13.8% des BIP 2020 entspricht. Damit ist das Stützungspaket weit umfangreicher als die im Zuge der Finanzkrise 2009 beschlossenen Stabilisierungsmassnahmen. Der diesbezügliche Durchschnitt in der Europäischen Union lag bei 15.2%.

Der pandemiebedingte Wirtschaftseinbruch gegenüber 2019 hatte 2020 und 2021 einen Wertschöpfungsverlust von rund CHF 36 Mrd. zur Folge.

Mit 1.2% liegt die Teuerung in der Schweiz zur Zeit zwar weit über den Werten der Vorjahre; sie bewegt sich aber noch durchaus im Zielbereich der Nationalbank.

«Mit einer Wirtschaftsleistung von rund CHF 122'000.00 pro Kopf und Jahr belegt der Wirtschaftsraum Bern nach Basel (CHF 150'000.00) und Zürich (CHF 146'000.00) den dritten Rang der wirtschaftsstärksten Agglomerationen in der Schweiz.»

- Der *Kanton Bern* und der *Wirtschaftsraum Bern* fanden 2021 ebenfalls vergleichsweise rasch aus dem pandemiebedingten Abschwung heraus. Das Wirtschaftswachstum entsprach daselbst in etwa dem landesweiten Durchschnitt. Dass Bern das Krisenjahr 2020 einigermaßen glimpflich überstanden hat, ist entscheidend darauf zurückzuführen, dass der öffentliche Sektor in Bern und Umgebung im nationalen Vergleich einen hohen Anteil von 20% an der Wertschöpfung und von über 20% an der Beschäftigung aufweist und insofern auf die Wirtschaftsentwicklung stabilisierend einwirkt.

Mit einer Wirtschaftsleistung von rund CHF 122'000.00 pro Kopf und Jahr belegt der Wirtschaftsraum Bern nach Basel (CHF 150'000.00) und Zürich (CHF 146'000.00) den dritten Rang der wirtschaftsstärksten Agglomerationen in der Schweiz. Der landesweite Durchschnitt liegt bei knapp CHF 85'000.00.

Wirtschaftsaussichten 2022

«2022 dürfte die Weltwirtschaft ihren Erholungskurs weiter fortsetzen und mit einem Zuwachs der Weltnachfrage von prognostizierten mehr als 4% die vorpandemische Wachstumsrate deutlich übertreffen.»

- 2022 dürfte die *Weltwirtschaft* ihren Erholungskurs weiter fortsetzen und mit einem Zuwachs der Weltnachfrage von 3.8% die vorpandemische Wachstumsrate deutlich übertreffen. Die Entwicklung ist aber stark risikobehaftet. Sie hängt entscheidend vom weiteren Verlauf der Pandemie ab. Dämpfende Effekte auf die Konjunkturerholung sind auch zu erwarten, wenn die aktuellen Kapazitätsengpässe anhalten und der Anstieg der Teuerung in einen anhaltenden Preisdruck mit steigenden Langfristenzinsen münden sollte. In Europa liegt die Inflationsrate mittlerweile bei vollen 6%.
- Unter diesen Vorbehalten ist für die *Schweizer Wirtschaft* im Jahre 2022 mit einem BIP-Wachstum von 3% und für 2023 mit einem solchen von 2% zu rechnen.
- Im *Kanton und im Wirtschaftsraum Bern* dürfte die Wirtschaftsentwicklung 2022 in ähnlichen Bahnen verlaufen wie landesweit, obgleich auf etwas tieferem Niveau.

Arbeitswelt

Rahmenbedingungen

«Es ist unübersehbar, dass die Schweiz im globalen Standortwettbewerb laufend an Attraktivität einbüsst.»

- 2021 hat der Bundesrat die Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Institutionelles Rahmenabkommen einseitig abgebrochen, ohne über klare Vorstellungen zum «Wie weiter?» bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen der Bilateralen Abkommen zu verfügen. Die EU hat darauf mit verschiedenen Massnahmen reagiert, die sich für die Schweiz mittel- und längerfristig nachteilig auswirken werden. Dies gilt nach dem Ausschluss der Schweiz aus Horizon Europe vor allem für den Forschungsstandort Schweiz.

Im World Competitiveness Report des Institute for Management Development (IMD) belegt die Schweiz zwar neuerdings den ersten Platz, zumal sie punkto Wirtschaftsleistung und -politik sowie in Bezug auf die Effizienz der Wirtschaft und den Zustand der Infrastruktur und der öffentlichen Finanzen sowie bei der Bildung besser abschneidet als andere Länder; es ist aber unübersehbar, dass die Schweiz im globalen Standortwettbewerb laufend an Attraktivität einbüsst. Der schweizerische Arbeitgeberverband hat deshalb zusammen mit den anderen beiden Wirtschaftsspitzenverbänden eine gemeinsame wirtschaftspolitische Agenda verabschiedet, die den Reformbedarf der Schweiz absteckt, um in der sich schnell verändernden Welt den Anschluss nicht zu verlieren.

«Bern hat sich im interkantonalen Vergleich zwar vom 21. auf den 19. Platz vorgearbeitet; bei den Steuern für Unternehmen und Kader belegt der Kanton Bern mittlerweile aber den letzten Platz.»

Laut einer Studie der Grossbank UBS hat sich Bern im interkantonalen Vergleich zwar vom 21. auf den 19. Platz vorgearbeitet; bei den Steuern für Unternehmen und Kader belegt der Kanton Bern mittlerweile aber den letzten Platz.

Beschäftigung

«Die Pandemie hat laut der OECD in den entwickelten Industrieländern rund 22 Mio. und weltweit sogar 114 Mio. Arbeitsstellen vernichtet.»

- Die Pandemie hat laut der *OECD* in den entwickelten Industrieländern rund 22 Mio. und weltweit sogar 114 Mio. Arbeitsstellen vernichtet. Seit dem Höhepunkt der Krise im 2. Quartal 2020 hat sich die Lage auf den Arbeitsmärkten zwar kontinuierlich verbessert; nach wie vor liegt die Arbeitslosenquote im OECD-Raum aber bei 6.6% und damit deutlich über dem Vorkrisenniveau von 5.3%. Dasselbe gilt für die Beschäftigungsquote, d.h. für den Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Hier wird in den meisten Industrieländern voraussichtlich erst im Herbst 2023 das Vorkrisenniveau wieder erreicht sein. Im OECD-Raum gibt es noch immer rund 8 Mio. mehr Arbeitslose als vor Ausbruch der Pandemie.

«Im OECD-Raum gibt es noch immer rund 8 Mio. mehr Arbeitslose als vor Ausbruch der Pandemie.»

- Die Pandemie hat sich auf den Arbeitsmarkt in der *Schweiz* dank der Kurzarbeitsentschädigung und anderer staatlicher Unterstützungsmassnahmen

«Die Pandemie hat sich auf den Arbeitsmarkt in der Schweiz dank der Kurzarbeitsentschädigung und anderer staatlicher Unterstützungsmassnahmen weniger nachteilig ausgewirkt als ursprünglich befürchtet.»

weniger nachteilig ausgewirkt als ursprünglich befürchtet. So stieg die Arbeitslosenquote anfangs 2021 «nur» auf 3.7%; im Jahresmittel beträgt sie mittlerweile 2.5% und liegt damit nicht mehr allzu weit entfernt von den Tiefstwerten von vor der Krise (2.1%). Im Gefolge der Finanzkrise von 2008 kletterte die Arbeitslosenquote vorübergehend auf volle 4.4%.

Laut der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung stieg die Erwerbslosenquote bei ausländischen Arbeitnehmenden im Corona-Jahr 2020 mit 1.6% auf 7.9% doppelt so stark wie bei den einheimischen Arbeitskräften (+0.8% auf 3.8%). Mit einer Erwerbslosenquote von 4.9% schneidet die Schweiz schlechter ab als bspw. Deutschland mit 4.4% (EU-Durchschnitt: 7.5%).

«Im dritten Quartal 2021 arbeiteten rund 2.2 Mio. Beschäftigte mindestens gelegentlich im Home Office. Bei rund 5.1 Mio. Erwerbstätigen entspricht dies fast 40% der Arbeitnehmenden.»

Der bisherige Höhepunkt der Arbeit im Heimbüro (Home Office) wurde 2020 während der Phase breiter Zwangsschliessungen erreicht. Danach und erst recht 2021 ging die Heimarbeit aufgrund der Lockerungen bei den Pandemiemassnahmen zurück. Im dritten Quartal 2021 arbeiteten rund 2.2 Mio. Beschäftigte mindestens gelegentlich im Home Office. Bei rund 5.1 Mio. Erwerbstätigen entspricht dies fast 40% der Arbeitnehmenden. Im Vorkrisenjahr 2019 arbeiteten noch knapp 30% mindestens gelegentlich zu Hause.

Zentrales Problem des Schweizer Arbeitsmarkts ist und bleibt bei alledem der sich verschärfende Mangel an Facharbeitskräften.

- Im *Kanton Bern* lag die Arbeitslosenquote 2021 mit 2.0% nicht unwesentlich tiefer als im landesweiten Mittel von 2.5%. Spitzenreiter waren einmal mehr die Agglomeration Biel mit 4.3% und der Berner Jura mit 4.0%, während die Regionen Frutigen-Niedersimmental mit 0.8% und Interlaken-Oberhasli mit 1.4% die tiefsten Arbeitslosenquoten aufwiesen.

«Der Kanton Bern ist nach wie vor einer der grössten Industriekantone der Schweiz.»

Der Kanton Bern ist nach wie vor einer der grössten Industriekantone der Schweiz. Über 5'500 Betriebe bzw. volle 7.5% aller Unternehmen im Kanton Bern mit 82'000 resp. 12.8% der Beschäftigten sind industriell tätig. Dazu zählen erfolgreiche KMU's als Weltmarktführer in der Uhrenindustrie, der Biotechnologie, der Medizinaltechnik und der Maschinenindustrie.

- In der *Stadt Bern* lag die Arbeitslosenquote 2021 mit 2.3% (Vorjahr: 3.2%) wieder etwas unter dem Landesdurchschnitt von 2.5%. Mit 3.8% (Vorjahr: 5.3%) waren die ausländischen Beschäftigten von der Arbeitslosigkeit einmal mehr stärker betroffen als die einheimischen Arbeitskräfte mit 1.7% (Vorjahr: 2.5%).

In den insgesamt 14'615 Arbeitsstätten der Stadt Bern waren in der Berichtsperiode mit rund 190'000 Personen deutlich mehr Menschen als Einwohner beschäftigt. 91.7% aller in der Stadt Bern Erwerbstätigen waren im Dienstleistungssektor tätig. Weitere 8.1% arbeiteten in Industrie und Gewerbe, während in der Landwirtschaft nur gerade 0.2% ihr Auskommen fanden.

Löhne

- 2021 beliefen sich die effektiven Lohnerhöhungen im Landesdurchschnitt auf 0.6%. Bei einer Inflationsrate von 0.5% beträgt der reale Lohnzuwachs im Durchschnitt somit 0.1%.

Ähnlich sieht die Entwicklung für 2022 aus, indem von einer Lohnsteigerung von 0.8–1.0% und einer ähnlich hohen Teuerung auszugehen ist. Real werden die Löhne 2022 deshalb kaum zulegen.

Trotz Corona waren die Löhne im Jahre 2020 real um 1.5% angestiegen, und zwar wegen der damals negativen Teuerung und der im Vorfeld der Pandemie ausgehandelten höheren Nominallohne.

- Nachdem die gewerkschaftliche Volksinitiative für einen nationalen Mindestlohn von CHF 22.00 pro Stunde 2014 wuchtig abgelehnt wurde, konzentrieren sich die Bemühungen der Gewerkschaften zur Einführung gesetzlicher Mindestlöhne nun auf die Kantone und Gemeinden. So haben die Kantone Basel-Stadt, Genf, Jura, Neuenburg und Tessin solche Mindestlöhne eingeführt. Auf kommunaler Ebene wurden Volksinitiativen mit gleicher Zielsetzung in Zürich, Winterthur und Kloten eingereicht.

«Trotz einer etwas abgeschwächten Lohndynamik mit einem vorübergehenden leichten Rückgang der Einkommensungleichheit im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 hat sich die Schere zwischen den einzelnen Einkommensgruppen in der Schweiz – entgegen anderslautender Behauptungen – kaum weiter geöffnet.»

Abgelehnt wurde 2021 demgegenüber die von den Jungsozialisten lancierte Volksinitiative zur höheren Besteuerung der «Reichen» (sog. 99%-Initiative). Dies ist umso bemerkenswerter, als die vermögendsten 10% der Bevölkerung volle 78% der Bundessteuer und das am besten gestellte Prozent allein für 40% dieser Steuer aufkommt, wogegen 50% der Bevölkerung bloss 2% des Steueraufkommens ausmachen und beträchtliche 28% der Steuerpflichtigen überhaupt keine Bundessteuer entrichten.

- Derweil bleibt die Verteilung der Einkommen zwischen den verschiedenen Einkommensklassen in der Schweiz im internationalen Vergleich relativ ausgeglichen: 2007–2017 haben sich die mittleren Reineinkommen (Löhne, Renten, Kapitaleinkommen) der inländischen Haushalte um CHF 3'500.00 auf CHF 52'600.00 erhöht. Mit 7% lag dieser Anstieg deutlich über der Inflationsentwicklung im entsprechenden Zeitraum (+0.9%). Trotz einer etwas abgeschwächten Lohndynamik mit einem vorübergehenden leichten Rückgang der Einkommensungleichheit im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09 hat sich die Schere zwischen den einzelnen Einkommensgruppen in der Schweiz – entgegen anderslautender Behauptungen – kaum weiter geöffnet.

«Beim Bund liegt der monatliche Bruttolohn mittlerweile bei stolzen CHF 9'615.00, im Privatsektor beträgt er gerade mal CHF 6'248.00.»

Umso mehr fällt die Schere zwischen den Löhnen der Staatsangestellten und denjenigen in der Privatwirtschaft ins Gewicht: Beim Bund liegt der monatliche Bruttolohn mittlerweile bei stolzen CHF 9'615.00, im Privatsektor beträgt er gerade mal CHF 6'248.00. Von 2008–2019 stiegen die Löhne in der Bundesverwaltung um 13.5%, in der Privatwirtschaft um bloss 8%.

Dazu kommen deutlich bessere Vorsorgeleistungen, die bei der Pensionierung für den einzelnen Arbeitnehmenden ohne weiteres eine Differenz in sechsstelliger Höhe ausmachen können. Problematischer noch als die hohen Löhne ist die wachsende Zahl der Staatsangestellten. Zwischen 1995 und 2018 ist sie schweizweit auf allen Stufen der Kernverwaltung (ohne staatsnahe Betriebe) von 58'000 um 30'000 auf 88'000 Personen angestiegen.

- Nach dem Inkrafttreten des revidierten Gleichstellungsgesetzes, das grössere Arbeitgeber zu regelmässigen Lohnvergleichsanalysen verpflichtet, hat die Universität St. Gallen die Löhne von rund 270'000 Angestellten in grösseren Betrieben untersucht und dabei festgestellt, dass nur bei einem sehr kleinen Teil derselben die Unterschiede zwischen den Löhnen von Frauen und Männern so gross sind, dass man sie mit objektiven Kriterien nicht erklären kann.

«Von einer systematischen Lohndiskriminierung, wie sie das undifferenzierte Tool «Logib Modul 1» des Bundes regelmässig unterstellt, kann nicht ernsthaft gesprochen werden.»

Die Studie ist zwar nicht für alle Unternehmen in der Schweiz repräsentativ; sie belegt aber, dass von einer systematischen Lohndiskriminierung, wie sie das undifferenzierte Tool «Logib Modul 1» des Bundes unterstellt, nicht ernsthaft gesprochen werden kann. Alternative Analysemethoden, die – anders als das erwähnte Tool – nicht nur auf die Anzahl Dienstjahre, das Bildungsniveau, das Anforderungsprofil oder die Branche, sondern auch auf mindestens ebenso wichtige Faktoren wie Erwerbsunterbrüche, Weiterbildungen und Sprachkenntnisse abstellen, zeigen, dass das Diskriminierungspotenzial um bis zur Hälfte tiefer liegt als bisher angenommen.

Arbeitsproduktivität

- Die administrativen Kosten aufgrund staatlicher Vorschriften belaufen sich in der Schweiz allein bei den kleineren und mittleren Unternehmen auf nahezu CHF 6 Mrd. pro Jahr. Im Ease-of-Doing-Business-Index der Weltbank ist die Schweiz von Platz 15 im Jahr 2007 auf Platz 36 zurückgefallen – sogar hinter Frankreich, dessen Abläufe als ausgesprochen bürokratisch gelten. Dementsprechend nimmt sich die Produktivitätsentwicklung in den vergangenen 20 Jahren in der Schweiz bescheiden aus.
- Die durch den starken Franken und den internationalen Wettbewerb fit getrimmte Exportwirtschaft arbeitet um ein Vielfaches produktiver als die zu grossen Teilen geschützte Binnenwirtschaft. Dies gilt auch im Verhältnis der Industrie zum Dienstleistungssektor, wo bspw. die Arbeitsproduktivität der pharmazeutischen Industrie rund fünfmal höher ist als im Landesdurchschnitt.

Trotzdem wächst in der Schweiz die Binnenwirtschaft seit geraumer Zeit stärker als der Exportsektor. 96 % des Beschäftigungszuwachses seit 2007 stammt aus dem Dienstleistungssektor. Davon wurde die Hälfte im binnenorientierten Gesundheitswesen erbracht.

«Im Ease-of-Doing-Business-Index der Weltbank ist die Schweiz von Platz 15 im Jahr 2007 auf Platz 36 zurückgefallen.»

«Im Vergleich zu den entwickelten OECD-Ländern hat Helvetien relativ an Wirtschaftskraft eingebüsst.»

Die Schweiz gilt gemeinhin als wirtschaftlich erfolgreiche Nation. Sie erfreut sich eines bemerkenswert hohen Lebensstandards. Nimmt man die kaufkraftbereinigte Wirtschaftsleistung pro Kopf, so war diese laut Weltbank 2019 viermal so hoch wie im weltweiten Durchschnitt. Vergleicht man mit den Verhältnissen im Industrieländerclub OECD, so lag sie immer noch um 57% über deren Durchschnitt. Doch der Blick in die Statistik zeigt auch, dass die Schweizer 1990 noch fünfmal so wohlhabend waren wie der weltweite Durchschnitt. Auch im Vergleich zu den entwickelten OECD-Ländern hat Helvetien relativ an Wirtschaftskraft eingebüsst. 1970 lag sie noch um volle 110% über dem OECD-Durchschnitt. Danach schmolz der Vorsprung bis im Jahr 2004 ziemlich kontinuierlich auf 40%. Parallel dazu hat das BIP pro Erwerbperson deutlich weniger zugelegt als in vergleichbaren Ländern, nämlich 1990–2008 um 0.9% und von 2010–2019 um 0.55%. Das sind deutlich niedrigere Werte als etwa in Deutschland (1.4% resp. 1.2%), Frankreich (1.3% bzw. 1.2%) oder in der EU (1.9% resp. 1.2%).

Fazit: Sollte es der Schweiz nicht gelingen, ihre Arbeitsproduktivität deutlich zu verbessern, wird sie ihre Spitzenstellung nicht mehr lange halten können.

Arbeitsbedingungen

«Der liberale und flexible Arbeitsmarkt in der Schweiz stand auch in der Berichtsperiode weiter unter Druck.»

- Der liberale und flexible Arbeitsmarkt in der Schweiz stand auch in der Berichtsperiode weiter unter Druck: Zwar konnte mit der sog. Konzernverantwortungsinitiative ein überaus interventionistisches und beschäftigungsfeindliches Vorhaben knapp abgewendet werden; mit einer Vielzahl von arbeitsrechtlichen Novellen wurde aber der Vorschriftenschwungel weiter ausgebaut (Stichworte: gesetzlicher Vaterschaftsurlaub; staatlich verordnete Lohnkontrollen zum Nachweis der Lohngleichheit; gesetzlicher Care-Urlaub zur Pflege von Angehörigen; Geschlechterquoten für Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte; Kündigungsschutz für ältere Mitarbeitende usw.).
- Nachdem eine Parlamentarische Initiative des Ständerats aus dem Jahre 2016, die eine Lockerung der Arbeitszeitregeln für Kader und hochqualifizierte Fachkräfte mit hoher Arbeitsautonomie verlangte, fünf Jahre später immer noch in den Schubladen steckt, haben sich die Berufsverbände aus den Branchen Treuhand, Informatik und Kommunikation mit gemässigten Arbeitnehmerorganisationen (Kaufmännischer Verband, Angestellte Schweiz und Kader-Organisation) auf einen Vorschlag für ein Jahresarbeitszeitmodell geeinigt, der den Gewerkschaften allerdings immer noch zu weit geht. Das Wirtschaftsdepartement hat nun einen «Kompromiss» in die Vernehmlassung geschickt. Derselbe sieht u.a. vor, dass für Fach- und Führungskräfte mit hoher Arbeitsautonomie der Übergang von der Wochen- zur Jahresarbeitszeit möglich sein soll. Bedingung ist eine Vereinbarung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wenn die betroffenen Angestellten umgerechnet auf eine Vollzeitstelle mind. CHF 120'000.00 pro Jahr verdienen oder über einen höheren Bildungsabschluss verfügen. Die ver-

einbarte Jahresarbeitszeit darf im Mittel wie bisher nicht mehr als 45 h pro Woche betragen. Der Saldo der über das Jahressoll geleisteten Arbeitszeit darf höchstens 170 h ausmachen. Die maximal zulässige Jahresarbeitszeit läge damit bei knapp 2'300 Stunden, was der bisherigen Regelung ebenso entspricht wie eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 63 Stunden.

«Die mit der Einführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ausgebaute «Lohnpolizei» hatte auch in der Berichtsperiode Konjunktur.»

- Die mit der Einführung der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ausgebaute «Lohnpolizei» hatte auch in der Berichtsperiode Konjunktur:
 - Die (vom Geschäftsführer des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen präsidierte) Arbeitsmarktkommission des Kantons Bern hat mittlerweile für über 70 Branchen und Berufe sog. Lohnuntergrenzen festgelegt, bei deren systematischer Unterschreitung eine missbräuchliche Abweichung von den orts- und branchenüblichen Arbeitsbedingungen vermutet wird. In der Berichtsperiode gab es diesbezüglich nur einige wenige Fälle.
 - Der Arbeitsmarktkontrollverein Bern führte 2021 über 3'000 Kontrollen durch. Dabei entfielen die Mehrzahl auf Branchen ohne allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag.
 - Darüber hinaus fanden im Kanton Bern 2021 zusätzlich rund 700 Kontrollen nach Massgabe des Bundesgesetzes über die Schwarzarbeit statt.

Sozialwerke

«Die Schweiz ist das drittwohlhabendste Land Europas mit einem BIP von CHF 85'000 pro Kopf und Jahr. Ihre Sozialausgaben betragen 24.6% des BIP.»

- Die Schweiz ist das drittwohlhabendste Land Europas mit einem BIP von CHF 85'000 pro Kopf und Jahr. Ihre Sozialausgaben betragen 24.6% des BIP. Sie liegen damit im Mittelfeld der EU (Durchschnitt: 26.5%).
- Obwohl die AHV 2020 wegen zusätzlicher Einnahmen aufgrund des 2019 angenommenen Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung trotz Pandemie erstmals seit Jahren nicht mehr ausgegeben als eingenommen hat, ist ab Mitte der 2020er-Jahre weiterhin ein deutlich wachsendes Defizit beim AHV-Umlageergebnis zu rechnen, das dannzumal allein im Jahre 2030 rund CHF 4.3 Mrd. betragen soll.

Auch bei der beruflichen Vorsorge kommt es seit Jahr und Tag zu einer massiven Umverteilung von Aktiven zu Rentnern.

Dementsprechend steigt der Druck auf eine nachhaltige Reform beider Sozialwerke.

«Die überfällige Reform der AHV ist einigermaßen gut durch's Parlament gekommen.»

Die überfällige Reform der AHV ist einigermaßen gut durch's Parlament gekommen, zumal die Eckwerte zumindest im bürgerlichen Lager und in

«Die Mehrausgaben der AHV-Reform betragen bis 2032 rund CHF 3.3 Mrd. Dies entspricht etwa einem Drittel der Einsparungen, die sich in der AHV dank dem höheren Rentenalter der Frauen bis dahin realisieren lassen.»

der politischen Mitte unumstritten feststehen: Künftig sollen auch Frauen bis zum 65. Altersjahr arbeiten, bis sie eine volle Rente erhalten. Die ersten von der Reform betroffenen Jahrgänge erhalten im Gegenzug Rentenzuschläge. Die Mehrausgaben betragen bis 2032 rund CHF 3.3 Mrd. Dies entspricht etwa einem Drittel der Einsparungen, die sich in der AHV dank dem höheren Rentenalter der Frauen bis dahin realisieren lassen. Darüber und namentlich über die damit verbundene Erhöhung der Mehrwertsteuer wird das Stimmvolk voraussichtlich 2022 abstimmen. Es wäre im Erfolgsfall die erste AHV-Reform seit 1995.

Ob dies gelingt, hängt wesentlich davon ab, was das Parlament in der Zwischenzeit bei der 2. Säule unternimmt, die für die Rentensituation mindestens ebenso wichtig ist wie die AHV. Während die Senkung des Umwandlungssatzes von 6.8 auf 6% weitgehend unbestritten ist, erweist sich die Frage des Rentenzuschlags für die ersten 10–15 Jahrgänge, die nach der Reform pensioniert werden, als höchst umstritten.

Nicht unerwähnt bleiben darf bei dieser Gelegenheit auch die vom Bundesrat ohne Gegenvorschlag abgelehnte Volksinitiative der Jungfreisinnigen, die zunächst eine Angleichung des Rentenalters für beide Geschlechter bei 65 Jahren und danach eine schrittweise Erhöhung auf 66 Jahre bis 2032 vorsieht, um schliesslich eine automatische Verknüpfung mit der Entwicklung der statistischen Lebenserwartung vorzunehmen. Das Rentenalter würde diesfalls um höchstens 2 Monate pro Jahr steigen. Nach diesem Modell käme die Schweiz um das Jahr 2045 herum beim Rentenalter 67 an, das heute bereits in manchen Ländern gilt.

Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen

Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen

Verbandsmitglieder

Im Berichtsjahr gehörten dem Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen folgende Mitgliedverbände an:

- | | |
|--|---|
| – HIV-Sektion Emmental
479 Firmenmitglieder (16'021 Beschäftigte) | – Wirtschaftsverband Oberaargau (WVO)
333 Firmenmitglieder (13'283 Beschäftigte) |
| – HIV-Sektion Lyss-Aarberg und Umgebung
138 Firmenmitglieder (4'316 Beschäftigte) | – Verband WIRTSCHAFT THUN OBERLAND
325 Firmenmitglieder (17'207 Beschäftigte) |
| – HIV-Sektion Biel-Seeland / Berner Jura
425 Firmenmitglieder (24'166 Beschäftigte) | – Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB)
194 Firmenmitglieder (46'536 Beschäftigte) |

Verbandsorgane

- Pandemiebedingt konnte die **Delegiertenversammlung** des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen 2021 nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden. Sie wurde auf schriftlichem Wege durchgeführt.
- Der **Vorstand** des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen setzte sich in der Berichtsperiode wie folgt zusammen:



Präsident:
Dr. med. h.c. Uwe E. Jocham,
Direktionspräsident der Insel
Gruppe AG, Bern



Mitglieder:
Marcel Born,
Fritz Born AG, Langenthal



Michael Elsaesser,
Bernerland Bank AG, Sumiswald



Luc Frutiger,
Frutiger AG, Thun



Walter Gerber,
GLB, Langnau



Philipp Hauert,
Hauert HBG Dünger AG,
Grossaffoltern



Urs Müller,
RICOTER Erdaufbereitung AG,
Aarberg



Carlos Reinhard,
Reinhard Advisory AG, Thun



Rico Tanner,
UBS Switzerland AG, Biel



Stefan Wälchli,
Clientis Bank Oberaargau,
Langenthal



Rahel Bürgi,
Administratorin der
BERNER ARBEITGEBER

- Die **Geschäftsstelle** des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen wurde auch 2021 durch Dr. Claude Thomann und Frau Rahel Bürgi betreut.

Verbandstätigkeit

Schwerpunkte

- Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen lag auch 2021 in der intensiven Zusammenarbeit mit der Kantonsregierung und den befreundeten Wirtschaftsverbänden sowie den Arbeitnehmerorganisationen bei der gemeinsamen Bewältigung der wirtschaftlichen und namentlich den beschäftigungspolitischen Folgen der Corona-Krise. Zu diesem Zweck trafen sich die Spitzenvertreter der Regierung und der erwähnten Verbände der Arbeitswelt regelmässig zur volkswirtschaftlich und gesundheitspolitisch koordinierten Abstimmung entsprechender Massnahmen.
- Daneben engagierte sich der Kantonalverband bernischer Arbeitgeber-Organisationen wie bisher für die Stärkung der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen des Kantons Bern im interkantonalen und internationalen Standortwettbewerb.

Im Rahmen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft des Grossen Rats und der (vom Arbeitgeberverbandspräsidenten geleiteten) Volkswirtschaftskommission sowie der Arbeitsmarktkommission (unter dem Vorsitz des Geschäftsführers des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen) wurde zusammen mit den anderen Wirtschaftsverbänden auf die Beratung und Beschlussbefassung einer Vielzahl von Vorlagen und Vorstössen unter arbeitgeberpolitischen Gesichtspunkten Einfluss genommen. Mit Dr. Christoph Zimmerli, Geschäftsführer des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB), verfügen die Berner Arbeitgeber erstmals über einen persönlichen Vertreter und Lobbyisten im Grossen Rat des Kantons Bern.

Dazu kommen 2021 verschiedene Volksabstimmungen von hoher wirtschaftlicher Bedeutung, die mit Erfolg bekämpft werden konnten (Konzernverantwortungsinitiative, 99%-Initiative, Referendumsabstimmung zum Covid19-Gesetz usw.).

- Darüber hinaus hatten die Vertreter der Berner Arbeitgeber im Vorstand und in der Geschäftsführerkonferenz des Schweizerischen Arbeitgeberverbands Gelegenheit, sich stufengerecht in die hauptsächlichen Themenfelder des Dachverbands einzubringen (Stichworte: Arbeitsmarkt; Bildung; Sozialpolitik).

Sozialpartnerschaft

Die Beziehungen der Berner Arbeitgeber zu den Gewerkschaften und zu den Angestelltenorganisationen wurden in der Berichtsperiode unter dem Eindruck der fortdauernden Corona-Krise weiter intensiviert und vertieft. Neben der traditionellen Sozialpartnerrunde auf kantonaler Ebene unter der Leitung des Volkswirtschaftsdirektors boten dazu die tripartite Corona-Task-Force ebenso gute Gelegenheiten wie die aus Wirtschaftsverbands-

vertretern und Gewerkschaftern zusammengesetzten Kommissionen, namentlich die (vom Präsidenten der Berner Arbeitgeber präsidierte) Volkswirtschaftskommission sowie die Arbeitsmarkt-, die Berufsbildungs- und die Beschaffungskommission.

Ausdruck einer gelebten Sozialpartnerschaft waren u.a. gemeinsame Auftritte der Berner Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen für eine starke und effiziente Berufsbildung (Projekt «Berufsfachschule 2020») sowie ein Impf-Appell der Sozialpartner des Kantons Bern.

Interessenvertretung

Die institutionalisierten Kontakte des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen zu den Kantonsbehörden wurden ihrerseits ausgebaut. Die Verbandsspitzen nahmen zu diesem Zweck an den Gesprächen im Rahmen der kantonalen Volkswirtschaftskommission sowie mit den leitenden Vertretern der Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU), der Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI), der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) sowie der Direktion für Inneres und Justiz (DIJ) teil.

Wesentliche Impulse vermochten die Vertreter der Berner Arbeitgeber durch gezieltes Lobbying in die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft des Grossen Rats des Kantons Bern und über dessen Mitglied (Dr. Christoph Zimmerli, Geschäftsführer des Verbands der Arbeitgeber Region Bern VAB) sowie gegenüber verschiedenen Dienststellen der Kantonsverwaltung – namentlich im Bereich des Amts für Wirtschaft und der Wirtschaftsförderung – einzubringen.

Öffentlichkeitsarbeit

Einmal mehr wurde in der Berichtsperiode der arbeitgeberpolitischen Informationstätigkeit gegenüber den Medien und der interessierten Öffentlichkeit besondere Beachtung geschenkt (Medienmitteilungen und -auftritte).

Verbandsfinanzen

- Die **Jahresrechnung 2021** des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen schliesst bei Einnahmen von CHF 82'222.60 (budgetiert: CHF 82'222.60) und Ausgaben von CHF 71'551.70 (budgetiert: CHF 82'222.60) mit einem Einnahmenüberschuss in der Höhe von CHF 10'670.90 ab (budgetiert: ausgeglichene Jahresrechnung).
- Zum 31. Dezember 2021 betrug das **Vermögen** des Kantonalverbands bernischer Arbeitgeber-Organisationen CHF 57'768.82 gegenüber CHF 47'097.92 Ende 2020.

Verband der Arbeitgeber Region Bern (VAB)

Verbandsorgane

- Pandemiebedingt konnte die **Mitgliederversammlung** des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) 2021 nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden. Sie wurde auf schriftlichem Wege durchgeführt.
- Dem **Vorstand** des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) gehörten 2021 folgende Mitglieder an:



Präsident:
Dr. med. h.c. Uwe E. Jocham,
Direktionspräsident der Insel
Gruppe AG, Bern



Mitglieder:
Daniela Aeberhard,
BKW AG, Bern



Birgit Meier-Hobmeier,
Genossenschaft Migros Aare,
Schönbühl



Nicolas Mühlemann,
HACO AG, Gümliigen



Martin Schären,
CSL Behring AG, Bern



Stephan Schneider,
Schweizer Milchproduzenten,
Bern



Stefan Stucki,
WANDER AG, Neuenegg



Ruedi Sutter,
Credit Suisse (Schweiz) AG, Bern



Thomas Trachsler,
Die Mobiliar, Bern



Dr. Christoph Zimmerli
Geschäftsführer

- Die **Geschäftsstelle** des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB) wurde in der Berichtsperiode durch Dr. Christoph Zimmerli und Frau Rahel Bürgi betreut.

Verbandstätigkeit

- Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des VAB lag in der Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und insbesondere mit dem Stadtpräsidenten von Bern, den befreundeten Wirtschaftsverbänden sowie den Arbeitnehmerorganisationen. Die Spitzenvertreter dieser Verbände der Arbeitswelt in der Region Bern trafen sich zu diesem Zweck regelmässig mit der Stadtregierung.

Im Zentrum stand dabei die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Unternehmen in Stadt und Region Bern. Mit einem Corona-Hilfspaket konnte die Stadtregierung das lokale Gewerbe gezielt mit Mietzinsbeiträgen für Geschäftsräume unterstützen. Den von der Corona-Krise hart getroffenen Firmen konnte damit rasch und effizient eine gewisse Hilfe geboten werden. Das Hilfspaket verstand sich subsidiär zu denjenigen von Bund und Kanton und war zeitlich befristet.

- Daneben setzte sich der VAB zusammen mit den befreundeten Wirtschaftsverbänden für bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Stadt Bern und Umgebung ein. Thematisch lag das Schwergewicht auf dem Wirtschaftsverkehr (Wankdorf-Anschluss, innerstädtischer Wirtschaftsverkehr, ...), der Übererarbeitung der Bauordnung (Vereinfachung und Beschleunigung der Bewilligungsverfahren) und der Reduktion der übermässig hohen Steuern und Gebühren.
- Zudem setzte sich der VAB zusammen mit den anderen Sozialpartnern für die Aufrechterhaltung einer starken Berufsbildung in Stadt und Region Bern ein. Es gelang dabei, die von der Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern im Rahmen des Projektes Berufsfachschulen 2020 geplante Dezentralisierung von hunderten von Lehrstellen in für die örtliche Wirtschaft wichtigen Berufen (z.B. ICT, Elektrotechnik, Metallbau) zu stoppen. So wird die gibb in Bern auch zukünftig die grösste Berufsfachschule der Schweiz sein. Auch gelang es, die von SP-Politikern geplante Streichung der finanziellen Unterstützung für die drei halbprivaten Gymnasien in der Stadt Bern (NMS Bern, Campus Muristalden AG und Freies Gymnasium Bern) zu verhindern und damit einen Beitrag zum Erhalt der Bildungsvielfalt in der Stadt Bern zu leisten.
- Der VAB stellt bei seinen Bemühungen um die Stärkung des Wirtschafts- und Bildungsstandortes Stadt und Region Bern vermehrt fest, dass ein zunehmend aggressiv geführter Verteilungskampf zwischen den Regionen des Kantons Bern, meistens zum Nachteil der Stadt Bern, stattfindet. Dabei sind Stadt und Region Bern der Wirtschafts- und Bildungsmotor des Kantons, wovon der ganze Kanton Bern profitiert. Es wird eine Herausforderung sein, um diese negative Tendenz zu stoppen und im Kanton Bern wieder die Überzeugung zu gewinnen, dass der Standort Kanton Bern nicht mit internen Verteilungskämpfen sondern mit der Schaffung von besseren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Kanton Bern (vorab der Senkung der exorbitanten Steuerlast) gestärkt werden sollte.

- Eine weitere Herausforderung stellt der sich zunehmend verschärfende Arbeitskräftemangel in praktisch sämtlichen Branchen dar, der sich in nächster Zeit aufgrund der sich abzeichnenden Bevölkerungsentwicklung noch erheblich akzentuieren wird. Sozialpartner und Stadtregierung werden hier Hand in Hand innovative Lösungen suchen müssen, damit der Wohlstand in der Region nicht nachhaltig beeinträchtigt wird.
- Schliesslich engagierte sich der VAB zusammen mit den befreundeten Wirtschaftsverbänden für die Regierungsstatthalterwahlen im Wahlkreis Bern-Mittelland. Dank substantieller Unterstützung aus der Wirtschaft konnte Tanja Rothenbühler, FDP Köniz, einen Achtungserfolg verbuchen, von vielen unerwartet einen zweiten Wahlgang erzwingen und die Wahl in weiten Teilen des Wahlkreises für sich entscheiden. Aufgrund der klaren Mehrheiten in den städtischen Gebieten für die SP-Kandidatin obsiegte schliesslich Ladina Kirchen, SP, im zweiten Wahlgang.
- Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Verbandes der Arbeitgeber Region Bern (VAB) bestand in der telefonischen und schriftlichen Beratung der Mitglieder im Zusammenhang mit Fragestellungen, die sich insbesondere in der Folge der Corona-Krise und den rasch wechselnden Vorschriften stellten. Der Fokus lag dabei auf der Klärung von arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Fragen.
- Schliesslich legte der VAB auch Wert auf die Bereitstellung von Informationen für und die Kommunikation vorab mit seinen Mitgliedern. Zu diesem Zweck baute er seine Website aus, versandte Infomailings mit aktuellen Informationen und baute einen Auftritt auf mehreren Social Media Plattformen (Linkedin, Twitter und Facebook) auf.

Verbandsfinanzen

- Die ordentliche **Jahresrechnung 2021 des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB)** schliesst bei Einnahmen von CHF 213'323.96 (budgetiert: CHF 195'000.00) und Ausgaben von CHF 135'398.51 (budgetiert: CHF 169'122.00) mit einem Einnahmenüberschuss in der Höhe von CHF 77'925.45 (budgetiert: Einnahmenüberschuss von CHF 25'878.00) ab.
- Per 31.12.2021 betrug das **Vermögen des Verbands der Arbeitgeber Region Bern (VAB)** CHF 685'199.18 gegenüber CHF 607'273.73 Ende 2020 (exkl. Propagandafonds).



Barbara Ghirardin
Kassensleiterin

AHV-Ausgleichskasse Berner Arbeitgeber (AK 63)

Die AHV-Ausgleichskasse Berner Arbeitgeber verzeichnete 2021 einen Bestand von rund 2'400 Firmenmitgliedern, 845 Selbständigerwerbenden und 450 Nichterwerbstätigen. Bei unveränderten Einnahmen von CHF 786 Mio. (Vorjahr CHF 792 Mio.) und Leistungen von CHF 495 Mio. (Vorjahr CHF 462 Mio.) wurden im 2021 rund CHF 290 Mio. (Vorjahr CHF 330 Mio.) als Überschuss an den AHV/IV/EO/ALV-Fonds abgeliefert.

Im 2021 konnten Rückvergütungen aus der CO₂-Abgabe an die angeschlossenen Unternehmen von rd. CHF 1,7 Mio. getätigt werden (Vorjahr CHF 3,1 Mio.). Die Verwaltungskostenansätze konnten auch im 2021, wie seit mehr als 15 Jahren, unverändert tief gehalten werden. Zudem konnte die Ausgleichskasse zum sechsten Mal Verwaltungskosten-Rückvergütungen ausrichten. Dies an Mitglieder, welche der Ausgleichskasse die Lohnmeldungen elektronisch liefern und ansonsten die Beiträge korrekt abrechnen. Mit der Plattform «Connect» (eine passwortgeschützte Internet-Plattform für die Abwicklung verschiedener administrativer Aufgaben mit der Ausgleichskasse) soll der elektronische Datenaustausch zwischen Mitglied und Ausgleichskasse weiter gefördert werden.

Seit 1.1.2012 betreut die AK 63 auch Nichterwerbstätige (für die Erfüllung der AHV-Beitragspflicht bis zum Erreichen des AHV-Rentenalters). Dieser Bestand steigt weiterhin kontinuierlich an; die Beitragseinnahmen haben von CHF 1,3 Mio. im 2020 auf CHF 1,5 Mio. im Berichtsjahr zugenommen.

Im 2021 wurden zwei neue Versicherungen, die Vaterschaftsentschädigung (VE) und die Betreuungsentschädigung (BE) eingeführt. Dabei wurden CHF 2,3 Mio. VE bzw. rund CHF 45'000 BE ausgerichtet. Im Auftrag des Bundes hat die Ausgleichskasse seit 17.03.2020 EO-Corona Entschädigungen in der Höhe von rund CHF 8,9 Mio. ausgerichtet (Total 7'702 Anmeldungen für EO Corona, davon 67% für Personen in Quarantäne, 8% für Betreuungspflichtige Eltern, und Rest verteilt auf Härtefälle, arbeitgeberähnliche Stellung, Verbot, Zwangsschliessung und beeinträchtigte Jugendliche).

Die Ausgleichskasse Berner Arbeitgeber betreut, neben der 1. Säule, zwei Familienausgleichskassen. Zudem in Personalunion die Ausgleichskasse der Privatkliniken Schweiz und die Ausgleichskasse Transport.

Familienausgleichskasse Berner Arbeitgeber (FAK 63)

Die FAK Berner Arbeitgeber ist zurzeit in 25 Kantonen anerkannt. Den Mitgliedern wird dadurch eine praktisch flächendeckende, interkantonale Abrechnung der FAK angeboten. Im Kanton Bern beliefen sich die Kinder-, bzw. Ausbildungszulagen im 2020 unverändert auf CHF 230.00 bzw. CHF 290.00 pro Monat. Im Verlaufe des Jahres 2021 wurden gesamtschweizerisch Zulagen von rund CHF 96 Mio. ausgerichtet (Vorjahr CHF 94 Mio.). Der Beitragssatz im 2021 belief sich für Mitglieder im Kanton Bern auf 1,5% (Die ursprüngliche Erhöhung des Beitragssatzes war eine Folge der Einführung des Lastenausgleichs im Kanton Bern per 1.1.2019).

